

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 22

Abschließende Beratung

**Zusammen gegen Hass, Gewalt und Angriffe gegen
politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/5865

während der Plenarsitzung vom 07.07.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

wir alle machen seit mehreren Jahren Politik als Vollzeitjob. Die meisten von uns sind und waren auch bereits vor dem Einzug in den Landtag ehrenamtlich aktiv, und zwar in der Kommunalpolitik. Ich denke, nahezu jede und jeder von uns hat selbst schon erleben müssen, wie sich der öffentliche Umgangston in den letzten Jahren teilweise verändert hat.

Durch Social Media sind alle Menschen, und damit auch Politikerinnen und Politiker, „greifbarer“ geworden. Das ist erst einmal gut, weil wir so Politik und unser Handeln besser erklären können. Wir können direkter und schneller auf Anregungen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger eingehen, was gerade auch in der großen Unsicherheit der Pandemie extrem hilfreich war.

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass auch die Menschen, denen nicht so viel an Sachlichkeit und Respekt gelegen ist, ihr Ziel deutlich einfacher erreichen.

Dazu kommt, dass der Diskurs nicht nur schneller, sondern auch intensiver geworden ist. Meinungen werden teilweise mit einer Absolutheit artikuliert, die keine anderen Perspektiven und Argumente zulässt. Anderslautende Entscheidungen werden nicht akzeptiert, Verantwortliche persönlich im Ton scharf attackiert.

Bei dieser neuen Art der schnellen, meist anonymen, als freie Meinungsäußerung getarnten Kommentierung handelt es sich leider längst nicht mehr um Einzelfälle.

Mit solchen Beiträgen wird Tag für Tag die Axt an unsere Demokratie angelegt, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vor den Augen der breiten Öffentlichkeit werden komplexe Sachverhalte verknappt dargestellt und dabei nicht selten in ein völlig anderes Licht gerückt. Im Kreuzfeuer stehen hier leider immer öfter ehrenamtliche Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in unseren Kommunen.

Sie sind verantwortlich für Maßnahmen und Entscheidungen vor Ort, sie setzen um, was hier oder in Berlin und Brüssel beschlossen wird. Sie sind Ziel von Beleidigungen, Bedrohungen, Rufschädigung und gewalttätigen Angriffen.

Ich weiß, dass auch viele von uns leider schon solche Erfahrungen gemacht haben. Schmierereien und eingeschlagene Scheiben von Abgeordneten-, Fraktions- und Parteibüros.

Beschimpfungen der völlig unschuldigen Familien, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Attacken auf Autos oder Wohnhäuser und verbale oder sogar physische Angriffe auf Mandatsträger selbst.

Kommunal sind alle politisch Verantwortlichen diesem Terror sogar noch direkter ausgesetzt. Das kommunale Mandat ist ein ehrenamtliches. Diese Frauen und Männer, die sich für unsere Demokratie engagieren, sind abseits einiger Sitzungen in der Woche normale Bürgerinnen und Bürger.

Was ist denn das für ein krudes Demokratieverständnis, wenn Menschen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, aufs Schärfste attackiert werden, weil sie mitverantwortlich sind für die Entscheidung zum Bau einer Straße, einer Schule, einer Unterkunft für Geflüchtete oder eines Impfzentrums?

Wir kennen die Berichte über Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ihre Familien und sich selbst diesem Druck nicht mehr aussetzen wollten und zurückgetreten sind. Wir denken an all die zahllosen Fälle, in denen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sich aus der Politik verabschiedet haben oder im September nicht wieder antreten. Und wir denken dabei auch an Walter Lübcke und Rüdiger Butte.

Anrede,

wir müssen hinschauen und unsere Demokratie und all ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten bestmöglich schützen. Mit unserem Entschließungsantrag schlagen wir ein Bündel an Maßnahmen vor, die das Problem an verschiedenen Stellen anpacken sollen.

Zum einen soll die Strafverfolgung gestärkt und schlagkräftiger werden. Betroffene sollen einfacher und schneller Hilfe finden können, wenn sie in Not sind und Beratung brauchen.

Zudem sollen Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ebenso wie die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden stärker in diesem Bereich geschult und sensibilisiert werden. Dazu gehört auch, dass wir Hatespeech stärker in den öffentlichen Fokus rücken wollen. Mit mehr politischer Bildungsarbeit und der Erfassung in der Kriminalstatistik.

Grundsätzlich müssen die Hürden für eine strafrechtliche Prüfung abgesenkt werden und die Strafverfolgung schlagkräftiger werden. Eine, sei es auch kleine, Strafe, oder nur das Eröffnen eines Ermittlungsverfahrens kann oft schon helfen, den potenziellen Täterinnen und Tätern bewusst zu machen, welche Auswirkungen ihr Handeln hat.

Anrede,

ich denke, dass uns fast alle die entschiedene Ablehnung von Angriffen auf die kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger eint.

Lassen Sie uns im Vorfeld der Kommunalwahl heute ein starkes Zeichen für die Kommunalpolitik und unsere Demokratie setzen. Ich bitte Sie um Zustimmung. Zeigen, dass wir fest an der Seite unserer kommunalen Familie stehen, denn Demokratie geht – wie auch die Sicherheit – am besten gemeinsam.

Herzlichen Dank!